

**Informationen nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
Datenschutzhinweise – Jugendamt – Unterhaltsvorschuss-Gesetz (UVG)**

Der Schutz von personenbezogenen Daten genießt einen sehr hohen Stellenwert, deshalb erfolgt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen. Mit dieser Datenschutzerklärung werden Sie darüber informiert, was personenbezogene Daten sind, zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage die Verarbeitung erfolgt, wie lange die Daten gespeichert werden, welche Rechte sie nach der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DS-GVO) haben und wer die Verantwortlichen für den Datenschutz sind (Informationsstand: 2018-09-03).

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

| Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen | Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten |
|---|---|
| Verantwortlich für die Datenerhebung ist der Landkreis Mansfeld-Südharz vertreten durch den Landrat Rudolf-Breitscheid-Str. 20/22 06526 Sangerhausen Deutschland Telefon: 0 34 64 – 535 0 E-Mail: landkreis@lkmsch.de www.mansfeldsuedharz.de | Landkreis Mansfeld-Südharz Datenschutzbeauftragter Rudolf-Breitscheid-Str. 20/22 06526 Sangerhausen Deutschland Telefon: 0 34 64 – 535 22 27 E-Mail: datenschutzbeauftragter@lkmsch.de |
| Leitung Jugendamt | E-Mail: jugendamt@lkmsch.de |

2. Für welche Zwecke und aufgrund welcher Rechtsgrundlage werden die Daten erhoben?

Das Jugendamt verarbeitet Daten zum Zwecke Antragserfassung und -prüfung, der Bewilligung oder Ablehnung der Auszahlung von Unterhaltsvorschussleistungen sowie der Rückforderung der gezahlten Beträge vom unterhaltspflichtigen Elternteil.

Darüber hinaus werden personenbezogene Daten auch bei der Durchführung von Erstattungsansprüchen anderer Leistungsträger oder anderer Stellen verarbeitet.

Daneben kann eine Verarbeitung u.a. auch für statistische Zwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke erfolgen.

Die Erhebung erfolgt aufgrund Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO, dem Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder –ausfallleistungen (UVG), insbesondere §§ 1,5,6 und 7 UVG sowie § 35 SGB I und §§ 67 ff. SGB X.

Darüber hinaus ist gemäß Artikel 6 Abs. 1 a DSGVO eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat.



3. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Personenbezogene Daten sind Daten, die Ihre Person betreffen. Folgende Kategorien von personenbezogenen Daten werden im Sachgebiet Unterhaltsvorschuss-Gesetz (UVG) verarbeitet:

- Personenstammdaten (Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort)
- Adressdaten
- Kontaktdaten
- Einkommens- und Vermögensdaten
- Staatsangehörigkeit/Aufenthaltstitel
- Familienstand
- Gesetzliche Vertreter/Sorgeberechtigte/Betreuer/Beistand
- Schulform/Ausbildung
- Gesundheitliche Einschränkungen/Behinderungen der Unterhaltsverpflichteten
- Geschwister
- Unterhaltstitel/Vaterschaftsanerkennungen
- Daten lt. Schuldner- und Vermögensverzeichnis
- Niederschriften von Vorsprachen/Telefonaten

4. Werden Daten bei anderen Stellen erhoben?

Personenbezogene Daten sind grundsätzlich direkt bei den Betroffenen zu erheben. Besteht ein Rechtsanspruch auf Auskunft über die Daten und wird dieser Auskunftsanspruch von den Betroffenen nicht erfüllt, können personenbezogene Daten bei Dritten, z.B. Sozialleistungsträgern, erhoben werden.

Das Jugendamt kann unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen nach §§ 61 ff SGB VIII und §§ 67 ff SGB X personenbezogene Daten einzelner Betroffener auch bei anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen oder Personen erheben.

5. Werden Daten weitergegeben und an wen?

Zur Erfüllung der Aufgaben dürfen die unter Punkt 3 genannten Datenkategorien unter Beachtung der besonderen datenschutzrechtlichen Bestimmungen an das Rechnungsprüfungsamt, das Amt für Finanzen, das Rechtsamt, das Amt für Soziales und Integration, das Schulamt, den IT-Bereich, unseren beauftragten Dienstleister LOGODATA Erfurt GmbH, Maximilian-Welsch-Str.4, 99084 Erfurt sowie antragstellende Personen und Unterhaltspflichtige, ggf. deren Bevollmächtigte, Beistände, Betreuer, Arbeitgeber, Rechtsanwälte, Gerichte, Gerichtsvollzieher, Träger der Grundsicherung nach dem SGB II, Bundesagentur für Arbeit, Familienkassen, Krankenkassen, Rentenversicherungsträger, Versicherungsunternehmen, Berufsgenossenschaften, Pflegekassen, Unfallkassen, Versorgungsämter, Finanzbehörden, KFZ—Zulassungsstellen, Kraftfahrtbundesamt, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesamt für Justiz, Ämter für Ausbildungsförderung, Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr, Strafverfolgungsbehörden, Behörden der Gefahrenabwehr, Ministerien, Landesverwaltungsamt, Landkreisen und kreisfreien Städten, Unterhaltsvorschusskassen sowie Dolmetschern weitergegeben werden. Eine Übermittlung in ein Drittland erfolgt entsprechend des Aufenthaltes des Unterhaltspflichtigen an den Unterhaltspflichtigen und die dortigen Ämter und Behörden.

6. Wie lange werden die Daten gespeichert?

Ihre Daten werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Die Speicherdauer wird auch davon beeinflusst, welches Interesse bei Ihnen besteht, nach Abschluss der eigentlichen Angelegenheit noch Auskunft über das Verfahren zu erhalten.



Weiterhin müssen Ihre Daten noch für die Prüfung durch vorgesetzte Dienststellen bzw. berechnete Prüfungsbehörden zur Verfügung stehen.

Folgende Speicherdauer ist maßgeblich:

- Akten über Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz: 10 Jahre
- Sonstige haushaltsrelevante Akten des Jugendamtes, die der Rechnungsprüfung unterliegen: 6 Jahre

Ist eine Forderung des Jugendamtes (Rückforderung und Erstattungen) noch offen, werden die Daten gemäß den Vorschriften der Zivilprozessordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches 30 Jahre lang aufbewahrt, weil erst dann die Ansprüche verjähren. Die Berechnung der Frist erfolgt je nach Vollstreckungsversuch.

7. Welche Rechte stehen Ihnen nach der Datenschutz Grundverordnung (DS-GVO) zu?

Auskunft. Da Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Artikel 15 DSGVO). Die besonderen Bestimmungen über schutzwürdige Daten nach §§ 64 ff SGB VIII sind zu beachten.

Berichtigung/Vervollständigung. Sofern nachgewiesen wird, dass die beim Jugendamt verarbeiteten personenbezogenen Daten unrichtig oder unvollständig erfasst sind, steht nach Bekanntwerden das Recht auf Berichtigung zu (Artikel 16 DSGVO).

Löschung/ Einschränkung / Widerspruch. Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können sie die Löschung oder *Einschränkung* der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Artikel 17, 18, 21 DSGVO). Für die Beurteilung dieser Sachlagen sind die Speicherfristen maßgebend. Rückforderungsfristen sind zu berücksichtigen.

Widerruf der Einwilligung. Werden Daten auf der Grundlage einer Einwilligung des Betroffenen verarbeitet, kann die Einwilligung jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt davon unberührt.

Datenübertragbarkeit. Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt (z.B. Kinderschutz-Auftrag nach §8a SGB VIII) erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

Fragen und Beschwerden zum Datenschutz nimmt der Datenschutzbeauftragte des Landkreises entgegen, den Sie wie folgt erreichen: Landkreis Mansfeld-Südharz, Rudolf-Breitscheid-Str. 20/22, 06526 Sangerhausen, Telefon: 0 34 64 - 535 22 27, E-Mail: datenschutzbeauftragter@lkmsh.de.

Sie haben auch die Möglichkeit, sich mit Beschwerden an die übergeordnete Aufsichtsbehörde zu wenden, sofern sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen die Datenschutzgrundverordnung verstößt, Ansprechpartner ist hier: Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt, Leiterstraße 9, 39104 Magdeburg, E-Mail: poststelle@lfd.sachsen-anhalt.de, Telefon: 08 00 - 91 53 19 0

8. Mitwirkungspflicht, Auskunftspflichten und Folgen der Nichtbeachtung

Wer Unterhaltsvorschussleistungen beim Jugendamt beantragt hat oder vom Jugendamt erhält, ist zur Mitwirkung gemäß § 1 Abs.3 UVG in Verbindung mit § 6 UVG verpflichtet. Das bedeutet, dass die betroffene Person alle leistungsrelevanten Tat-sachen angeben muss, ebenso Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, die Auswirkungen auf die



Leistungsgewährung und Unterstützung haben können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen auch die Vorlage von entscheidungsrelevanten Unterlagen, die Zustimmung zur Auskunftseinholung bei Dritten.

Sofern Sie dieser Mitwirkungspflicht nicht nachkommen, kann Ihr Antrag/Anliegen nicht bearbeitet werden und keine Leistungsgewährung erfolgen

Wenn Sie als unterhaltspflichtiger Elternteil die erforderlichen Daten nicht angeben, können die Daten von Dritten eingeholt werden bzw. wird von Ihrer Leistungsfähigkeit ausgegangen und der Unterhaltsvorschuss in voller Höhe von Ihnen zurückgefordert. Des Weiteren kann gegen Sie ein Bußgeld verhängt werden.

(Informationsblatt-04-DS-GVO – Jugendamt – Unterhaltsvorschuss-Gesetz (UVG) – Stand: 2021 – 08 – 23)